

LOKALES

Zwischen Berlin und Basis



Fragen zur Heimat: ja – Aussagen über Seehofer: nein. Im Gespräch mit Trostberg-Redakteurin Lucia Hargan zwischen Parteichef Horst Seehofer und ihm wollte er allerdings nichts sagen. – Foto: awi

Wellen innerhalb in den letzten Monaten. Wenn ich das in Trostberg, also und vier arabische, frage ich in die Ferne auffangen und stabilisieren kann. Das ist eine riesige Fülle von Firmen, die da rund um die Uhr arbeiten wird – immer mit der Vorgabe, was die Verantwortung Deutschland ist.

Mittag erst aus gekommen und Stunden später auf Tour, bei der es ja nicht geklappt.

Ramsauer: Als der Landrat das erste Mal aufgefordert wurde, sich damit zu befassen, da gab es diese Resolution der Kommunalen Spitzenverbände noch nicht. Das war eine völlig andere Gefechtslage.

Außerdem war es ein Antrag einer anderen Fraktion, der Bayernpartei, da stimmt man nicht so schnell zu...

Ramsauer: Die Kommunalen Spitzenverbände haben das vorgelegt, und es steht nichts entgegen, sich dem anzuschließen. Ich habe das in einem längeren Redebeitrag im Kreistag nochmal erläutert. Ich erachte es für hilfreich, wenn von der Basis aus, auch aus dem kommunalen Bereich, solche Stimmen kommen. Ich bin ja sowohl im Gespräch mit den europäischen Verhandlungspartnern, als auch mit dem kanadischen Außenminister wie neulich in Ottawa oder mit dem Verhandlungsführer der Vereinigten Staaten. Dienen kann ich sagen: Moment mal, ihr meint, ihr seid im Alleinbesitz der Wahrheit; es gibt aber auch unsere Wahrheit, und diese stellt sich auch in einer Positionierung unserer kommunalen Basis dar, die für uns unverzichtbar ist. Wenn die Gemeinderäte und Stadträte ihre

Ein Thema, das ein Spagat zwischen Mittelstand und Großkonzernen für Sie sein dürfte, ist das Thema TTIP. Darüber diskutieren die Bürger heftig. Viele Kommunen, auch die Stadt Trostberg, unterstützen eine Resolution gegen TTIP, TiSA, CETA & Co. Sie aber verteidigen das Freihandelsabkommen.

Ramsauer: Man kann da keine Schwarz-Weiß-Darstellung machen. Der Stadtrat und zahlreiche andere Kommunen in Deutschland und in Bayern haben sich hinter die Resolution gestellt, die von den Kommunalen Spitzenverbänden verabschiedet worden ist. Diese Stellungnahme ist eine ausgesprochen differenzierte, die sich in keiner Weise insgesamt gegen TTIP oder CETA wendet. Sie sagt, vom Grunde her sind Freihandelsabkommen etwas Positives zur Ratifizierung der ge-

treisabgeordnete und Wirtschaftsausschuschef im Bundestag Peter Ramsauer spricht über seinen Job, über TTIP und den Aubergtunnel

Wellen innerhalb in den letzten Monaten. Wenn ich das in Trostberg, also und vier arabische, frage ich in die Ferne auffangen und stabilisieren kann. Das ist eine riesige Fülle von Firmen, die da rund um die Uhr arbeiten wird – immer mit der Vorgabe, was die Verantwortung Deutschland ist.

Mittag erst aus gekommen und Stunden später auf Tour, bei der es ja nicht geklappt.

Ramsauer: Als der Landrat das erste Mal aufgefordert wurde, sich damit zu befassen, da gab es diese Resolution der Kommunalen Spitzenverbände noch nicht. Das war eine völlig andere Gefechtslage.

Außerdem war es ein Antrag einer anderen Fraktion, der Bayernpartei, da stimmt man nicht so schnell zu...

Ramsauer: Die Kommunalen Spitzenverbände haben das vorgelegt, und es steht nichts entgegen, sich dem anzuschließen. Ich habe das in einem längeren Redebeitrag im Kreistag nochmal erläutert. Ich erachte es für hilfreich, wenn von der Basis aus, auch aus dem kommunalen Bereich, solche Stimmen kommen. Ich bin ja sowohl im Gespräch mit den europäischen Verhandlungspartnern, als auch mit dem kanadischen Außenminister wie neulich in Ottawa oder mit dem Verhandlungsführer der Vereinigten Staaten. Dienen kann ich sagen: Moment mal, ihr meint, ihr seid im Alleinbesitz der Wahrheit; es gibt aber auch unsere Wahrheit, und diese stellt sich auch in einer Positionierung unserer kommunalen Basis dar, die für uns unverzichtbar ist. Wenn die Gemeinderäte und Stadträte ihre

Ein Thema, das ein Spagat zwischen Mittelstand und Großkonzernen für Sie sein dürfte, ist das Thema TTIP. Darüber diskutieren die Bürger heftig. Viele Kommunen, auch die Stadt Trostberg, unterstützen eine Resolution gegen TTIP, TiSA, CETA & Co. Sie aber verteidigen das Freihandelsabkommen.

Ramsauer: Man kann da keine Schwarz-Weiß-Darstellung machen. Der Stadtrat und zahlreiche andere Kommunen in Deutschland und in Bayern haben sich hinter die Resolution gestellt, die von den Kommunalen Spitzenverbänden verabschiedet worden ist. Diese Stellungnahme ist eine ausgesprochen differenzierte, die sich in keiner Weise insgesamt gegen TTIP oder CETA wendet. Sie sagt, vom Grunde her sind Freihandelsabkommen etwas Positives zur Ratifizierung der ge-

verantwortbar erfüllt sind. Dann kann man dem auch zustimmen. Wobei völlig klar ist, dass wie bei allen zwischenstaatlichen Vertragsratifikationen dann nichts mehr im Detail verhandelt werden kann, sondern nur noch eine Zustimmung oder eine Ablehnung möglich ist. Wenn 28 Länder in der europäischen Union ratifizieren müssen, kann nicht jedes Land einzeln wieder zu verhandeln anfangen.

Das klingt aber dann doch wieder recht vage.

Ramsauer: Wir sind aber auch noch Lichtjahre entfernt von einem Vertragsabschluss. Die einzelnen Verhandlungspunkte wurden bestens erst anverhandelt. Es gibt keinen Grund zur Torschlusspanik. Ende 2016 kommen in den USA Wahlen, danach wird dort der Verwaltungsapparat wieder neu besetzt, dann kommen bei uns wieder Wahlen. Das ist aber gar nicht so gut. Weil wir brauchen stabile Bedingungen. Und wenn man im Spiel bleiben will, muss man mit den anderen reden. Sonst setzen die anderen die Standards.

Lassen Sie uns direkt in die Region gehen. Thema: Aubergtunnel. Innenminister Joachim Herrmann hat zugesagt, dass der Freistaat Bayern die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Aber nicht nur weil sich die Verhandlung wegen der Dritten Startbahn am Flughafen München verzögerte, wie immer kommuniziert wurde. Einige Altenmarkter werfen Sebal König vom Staatlichen Bauamt, MdL Klaus Steiner, aber auch Ihnen vor, dass sie nie darüber informiert wurden, dass das Verfahren wegen der aussichtslosen Finanzierung auf Eis gelegt wurde. Sie haben jüngst wieder bestont, dass die Finanzierung stehe. Was sagen Sie zu dem Informationsdefizit und worauf stützen Sie Ihre Belehrungen?

Ramsauer: Die Altenmarkter haben mir noch nie etwas angekreidet und kreiden mir auch nichts an. Bitte liefern Sie mir sofort einen Altenmarkter, der mir etwas ankreidet! Das Gegenteil ist der Fall. Alles, was ich aus Altenmarkt höre, ist, dass man dort froh ist, dass ich meine Zusage eingehalten habe, nämlich dass im Jahr 2011 der Planfeststellungsbeschluss da war. Wenn es nach mir gegangen wäre, dann wären wir jetzt weitgehend fertig und würden nächstes Jahr den Aubergtunnel in Betrieb nehmen. Ich habe x-mal dargestellt, wo die Schuldigen sitzen, dass nichts weitergeht im UVA. Es wäre zu diesem Stau nicht gekommen, wenn nicht geklagt worden wäre. Darum wäre der einfachste Weg, dass der UVA die Klage zurückzieht. Dann bräuchte kein Ruheverfahren aufgehoben zu werden,

dann wäre die Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses hergestellt, und es könnte mit dem Bau begonnen werden. Erfahrungsgemäß werden dann Zug um Zug die Gelder dafür bereit gestellt. Wenn die Klage nicht zurückgezogen wird, kommt die zweitbeste Lösung: dass jetzt bei Gericht die Sache abgearbeitet wird. Ich bin sicher, die Klage wird abgewiesen, und dann kann hoffentlich in absehbarer Zeit in die Finanzierung eingestiegen und der Bau beginnen werden.

Sie sind also immer noch überzeugt, dass die Finanzierung möglich ist, obwohl gerade deshalb das Verfahren ruht? Erwaegen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans?

Ramsauer: Selbstverständlich bin ich überzeugt. Das hat mit dem Bundesverkehrswegeplan aber überhaupt nichts zu tun. Dieses Projekt ist absolut baureif, der Planfeststellungsbeschluss vorhanden. Wenn die Klage so oder so erledigt wird, ist das Baurecht vollziehbar, und dann brauchen wir keinen Bundesverkehrswegeplan.

Wo wird letztendlich entschieden, dass Mittel fließen?

Ramsauer: In Bayern stehen für Investitionen in Bundesfernstraßen (Instandhaltung, Ausbau und Neubau von Bundesstraßen und Autobahnen) pro Jahr 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Am Jahresende wird in Länderbauprogrammbesprechungen des Ministeriums mit den Länderverwaltungen, also Bauämtern und Autoabteilungen, festgelegt, was im folgenden Jahr angepackt oder fortgeführt wird. Wenn ein Projekt wirklich startbereit ist, dann erfolgt die Mittelzuweisung.

Sie bleiben dabei, dass Sie keine Probleme in der Finanzierung sehen?

Ramsauer: Ja.

Im November wird beim Parteitag die CSU-Spitze neu gewählt. Werden Sie wieder als Partei-Vizekandidat?

Ramsauer: Die Frage ist mir schon von Dutzenden Journalisten gestellt worden. Ich habe immer mit einem Lächeln geantwortet, was ich auch jetzt mache.

Mit einem viel sagenden oder nüchternen Lächeln?

Ramsauer: (grinst). Was ich tun werde, hat mit diesen Querelen der letzten Tage überhaupt nichts zu tun. Gar nichts. Ich lasse mich durch solche Dinge in keiner Weise in meiner Meinungsbildung beeinflussen.

Interview: Lucia Hargäßer